

#BEAMTENPOLITIK 27. Februar 2018

# **Auftaktverhandlungen zur Tarif- und Besoldungsrunde 2018**

**Der Verhandlungsauftakt zur Einkommensrunde für die Beschäftigten in Bund und Kommunen wurde am 26. Februar in Potsdam ohne ein Arbeitgeberangebot beendet. Wir fordern eine Entgelterhöhung von 6,0 Prozent, mindestens aber 200 Euro.**

Die Vorstellungen liegen noch weit auseinander, ein konkretes Angebot der Arbeitgeber gibt es nicht. Bei der ersten Runde der Tarifverhandlungen für die rund 2,2 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bund und Kommunen haben die Arbeitgeber die Forderungen der Gewerkschaften als nicht bezahlbar bezeichnet. Ein Angebot hatten die Arbeitgeber – für den Bund unter Leitung von Hans-Georg Engelke, Staatssekretär im Bundesinnenministerium des Innern (BMI) - nicht unterbreitet. Angesichts der hohen Steuereinnahmen ist dies nicht nachvollziehbar.

Die Gewerkschaften hatten ihre Forderungen von sechs Prozent mehr Entgelt oder mindestens 200 Euro mehr bei einer Laufzeit von 12 Monaten bekräftigt. Für März kündigt Verhandlungsführer ver.di Warnstreiks an. Die Friedenspflicht endet am 28. Februar 2018.

## **Besoldungsrunde Bund 2018**

Bedeutsam sind die Forderungen sowie das Verhandlungsergebnis auch für die ca. 366.000 Beamtinnen und Beamten, Richter/innen, Soldatinnen und Soldaten sowie 182.000 Versorgungsempfänger/innen des Bundes. Für sie fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung und Versorgung.